

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Energiepolitik – Regierungsrates nimmt Zwischenbericht zur Kenntnis**

Solothurn, 20. September 2011 - Der Regierungsrat hat einen ersten Zwischenbericht zur Überarbeitung des kantonalen Energiekonzeptes zur Kenntnis genommen. Auf dieser Basis werden nun Eckpunkte des neuen Energiekonzeptes definiert. Diese bilden wiederum die Grundlage für die Beantwortung der ersten 13 Vorstösse, die im Nachgang zur Reaktorkatastrophe in Fukushima eingereicht wurden. Eine zweite Tranche von Vorstössen soll im kommenden Jahr dem Kantonsrat unterbreitet werden. In die Beantwortung fliessen dann die Resultate der zusätzlichen Untersuchungen, die Ergebnisse der Diskussionen der November-Session 2011 und die weiteren Entscheide auf Bundesebene ein. Gleichzeitig soll dann dem Kantonsrat auch das überarbeitete Energiekonzept zur Kenntnis gebracht werden.

Im Nachgang zur Umweltkatastrophe in Fukushima im März 2011 hat der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 14. Juni 2011 beschlossen, das Energiekonzept aus dem Jahr 2004 zu überarbeiten. Hierfür hat er eine Projektorganisation unter der Leitung von Regierungsrätin Esther Gassler und Regierungsrat Walter Straumann eingesetzt. Für die Überarbeitung des Energiekonzeptes wurden in einem Zwischenbericht die Energiepotenziale in Bezug auf die Nutzung und auf Einsparungen für den Kanton Solothurn ermittelt und abgeklärt, inwieweit diese Potenziale heute bereits ausgeschöpft werden. Ergänzend wurden von der eingesetzten Arbeitsgruppe Abklärungen

zur volkswirtschaftlichen Bedeutung erneuerbarer Energien und des Kernkraftwerks Gösgen in Auftrag gegeben.

Die Gesamtregierung hat sich anlässlich eines ganztägigen Seminars mit der Energieproblematik auseinandergesetzt und sich die ersten Projektergebnisse vom Leiter der Arbeitsgruppe und externen Fachleuten präsentieren lassen. Auf dieser Basis hat er die ersten Eckpunkte des neuen Energiekonzeptes definiert werden, welche auch die Basis zur Beantwortung der eingereichten Vorstöße bilden.

- Der Regierungsrat unterstützt die Strategie des Bundesrates, die Stromversorgung der Schweiz ohne Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke sicherzustellen.
- Ein gesetzliches Verbot der nuklearen Technologie auch für die ferne Zukunft lehnt der Regierungsrat vor dem Hintergrund möglicher technologischer Fortschritte jedoch ab.
- Auch in Bezug auf das Richtplanverfahren „Neues Kernkraftwerk Niederramt KKN“ orientiert sich die Regierung an der Haltung des Bundesrates. Sie wird das sistierte Richtplanverfahren erst dann abbrechen, wenn das damit zusammenhängende - ebenfalls sistierte - Rahmenbewilligungsverfahren auf Bundesebene formell abgebrochen wird.
- Der Regierungsrat will weder ein Verbot der Kernkraftnutzung noch die Förderung der erneuerbaren Energien in die Kantonsverfassung aufnehmen. Er vertritt entschieden die Meinung, dass dies nicht auf Verfassungsebene zu regeln ist.
- Der Regierungsrat will die Rolle des Kantons als Teil des regulierenden Systems von der Rolle als Eigentümer trennen. In diesem Sinn wird davon abgesehen, im Verwaltungsrat der Alpiq AG auf einen Rückzug des Rahmenbewilligungsgesuchs hinzuwirken.

Zur Beantwortung der bis zum heutigen Zeitpunkt eingereichten 27 Vorstösse wählte der Regierungsrat folgendes Vorgehen:

Eine erste Tranche von 13 Vorstössen wird vom Regierungsrat so vorbereitet, dass sie vom Kantonsrat in der November-Session 2011 behandelt werden können. Es handelt sich dabei um diejenigen Vorstösse, die vor den Sommerferien 2011 eingereicht wurden und mit den heute verfügbaren Informationen fundiert beantwortet werden können.

Eine zweite Tranche von Vorstössen soll im kommenden Jahr dem Kantonsrat unterbreitet werden. In die Beantwortung fliessen dann die Resultate der zusätzlichen Untersuchungen, die Ergebnisse der Diskussionen der November-Session 2011 und die weiteren Entscheide auf Bundesebene ein. Gleichzeitig soll dem Kantonsrat das überarbeitete Energiekonzept zur Kenntnis gebracht werden.

Verzeichnis der ersten 13 zu Handen des Kantonsrats verabschiedeten Energievorstösse:

- 1 Interpellation Fraktion Grüne: Einbezug der Bevölkerung bei der Erarbeitung der Stellungnahme des Kantons zu den Rahmenbewilligungsgesuchen betreffend neue Atomkraftwerke (10.11.2010)
- 2 Auftrag Fraktion SP: Richtplanverfahren für das neue KKN ist abubrechen (22.03.2011)
- 3 Interpellation Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): Einwendungsbericht Richtplananpassung - demokratische Spielregeln eingehalten? (22.03.2011)
- 4 Interpellation Fraktion Grüne: Tiefengeothermie, ein Potenzial auch im Kanton Solothurn? (10.05.2011)
- 5 Auftrag Irene Froelicher (glp, Lommiswil): Keine Gebühren im energetischen und umwelttechnischen Bereich (11.05.2011)
- 6 Interpellation Irene Froelicher (glp, Lommiswil): Bewilligungen für Photovoltaik- und Solaranlagen (22.06.2011)
- 7 Interpellation Felix Lang, Grüne: Atomausstieg statt Steuersenkungen (22.03.2011)
- 8 Auftrag Fraktion Grüne: Alpiq soll Gesuch für Neubau Gösgen II zurückziehen (22.03.2011)
- 9 Auftrag Fraktion SP: Ausstieg aus der Atomenergie (26.03.2011)
- 10 Interpellation Fraktion SP: Notfallschutzkonzepte und Bevölkerungsschutz beim AKW Gösgen und Mühleberg (22.03.2011)
- 11 Auftrag Roland Fürst (CVP, Gunzgen): Förderung erneuerbare Energie (22.06.2011)
- 12 Auftrag Fabian Müller (SP, Balsthal): Verfassungsänderung: Kein AKW mehr im Kanton Solothurn (22.06.2011)
- 13 Auftrag Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung (22.06.2011)